

**Manuskript der Rede von
Bundespräsident a.D. Wulff
Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag
„Freiheitliche Gesellschaft und wehrhafte Demokratie“
15. November 2016**

Sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Botschafter,
lieber Herr Barner,
meine Damen und Herren,

Es ist wirklich etwas Besonderes, in diesen Räumen reden zu dürfen. In einer Botschaft, in der vor etwas mehr als einem Vierteljahrhundert ein wichtiges Stück deutscher, aber eben auch deutsch-tschechischer Geschichte geschrieben wurde. Man kann den „Wind of change“, wie das die Scorpions damals nannten, fast noch spüren. Die Ausreise der Tausenden Menschen aus der DDR, die im Herbst 1989 hier Zuflucht gesucht hatten, hat sich als wesentliche Etappe auf dem Weg zur Einheit in Frieden und Freiheit in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt.

Das gilt auch für die „Samtene Revolution“, die für die damalige Tschechoslowakei den weitgehend friedlichen Systemwechsel brachte und die morgen vor 27 Jahren hier in Prag ihren Anfang nahm. Die „Samtene Revolution“ in der damaligen Tschechoslowakei und die „Wende“ in Deutschland waren Glücksfälle für die Menschen in den jeweiligen Ländern und für Europa. Es war überhaupt vielleicht die glücklichste Zeit, die Europa jemals hatte: Überall war der Geist einer neuen Zeit zu spüren, die Menschen hatten das Gefühl, dass nach den bleiernen Jahrzehnten des Ost-West-Konflikts eine Ära des Friedens und der Freiheit in Europa anbrechen würde.

In den darauffolgenden Jahren und Jahrzehnten wurde dann auch viel erreicht. Wir vergessen heute leider nur zu schnell, wie großartig die Zeit seitdem eigentlich verlaufen ist. Durch die

EU-Osterweiterung, also die Beitrittsperspektive und natürlich auch durch den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten 2004, wurden Demokratie und Rechtsstaat in den Beitrittsländern institutionell verankert und nachhaltig gefestigt. Diese Transformation ist in der Geschichte einmalig und eine Erfolgsgeschichte, für die die EU den Friedensnobelpreis absolut verdiente, hätte sie ihn nicht schon bekommen.

Was damals passiert ist, 1989, aber auch in den darauffolgenden Jahren, war zunächst einmal eine phantastische Leistung der Menschen in diesen Ländern. Gerade wenn man wie ich im Westen Deutschlands aufgewachsen ist, dann schaut man mit immensem Respekt auf das Werk von Politikern wie Václav Havel oder Jiří Dienstbier, die damals mit Weitsicht, Mut und Empathie das Werk von Alexander Dubček fortgeführt haben. Was damals geleistet wurde, war großartig und ein historischer Glücksfall!

Das alles müssen wir uns zunächst klar machen, wenn wir uns den Zustand Europas heute anschauen, und uns die Frage stellen, wie frei Gesellschaften sein können und vielleicht müssen – und wie wir Demokratien wehrhaft mit welchen Mitteln verteidigen können: Wir haben das große Glück, in einer Epoche des Friedens und der Freiheit zu leben!

Der Ruf nach Freiheit stand 1989 in fast allen Ländern Mittel- und Osteuropas am Anfang des Aufbruchs: Reisefreiheit, Meinungsfreiheit, in vielen Fällen auch die Religionsfreiheit, vor allem aber die Freiheit von staatlicher Willkür und Repression. Das Streben nach Freiheit war

der Motor dieser Bewegungen. Müssen wir da heute wirklich an die Bedeutung von Freiheit erinnern?

Die Antwort ist leider: Ja, das müssen wir. Wir erleben derzeit, dass dieses freiheitliche europäische Erfolgsmodell in Frage gestellt wird, von außen und innen durch Populisten, die mit Hass unsere Gesellschaften spalten: Wir haben das im amerikanischen Wahlkampf erlebt, wir sehen es bei Viktor Orban in Ungarn, Marine Le Pen in Frankreich und natürlich auch bei AfD und Pegida in Deutschland. Ihnen allen ist gemein, dass sie auf die drängenden Fragen scheinbar ganz einfache Antworten haben. Sie verstehen unter Freiheit immer nur die eigene Freiheit: die Freiheit, Menschen zu beschimpfen, zu verleumden, zu verletzen.

Das verfängt vielfach, denn die Welt, in der wir leben, ist unübersichtlicher geworden. Die Menschen fühlen sich überfordert von den Nachrichten, die sie erreichen. Das private Umfeld, das Überschaubare der eigenen Herkunft wird dadurch zu einem scheinbaren Fels in der Brandung des Lebens. Sich abzuschirmen gegen das, was diese Basis des Überschaubaren zu bedrohen scheint, scheint dann eine logische Konsequenz zu sein. Freiheit ist für viele Menschen offenbar kein Versprechen mehr, sondern wird als Bedrohung empfunden. Und genau hier setzen dann die Slogans der populistischen Hetzer an: Schotten dicht! Wir gegen die! Rette sich, wer kann!

Wir bekommen derzeit an vielen Stellen deutlich vor Augen geführt, wie fragil die freiheitliche Gesellschaft ist. Die Zeit seit 1989, diesem historischen Glücksfall, hat die Menschen in Europa zwar über mehr als eine Generation Frieden gebracht und sie geprägt. Sie ist aber insgesamt gesehen doch nicht mehr als ein „Wimpernschlag“ in der Menschheitsgeschichte. Die Geschichte Europas war geprägt von Kriegen und Gewaltherrschaft, von Unfreiheit und Willkür. Das, was viele, gerade jüngere Menschen heute als selbstverständlich empfinden, ist es keineswegs.

Meine Tochter ist 1993 geboren – sie hat in ihrem Leben, mehr als 20 Jahre, nie eine andere Erfahrung gemacht, als dass Deutschland in einem geeinten Europa einen friedlichen und selbstbestimmten Platz hat. Wie soll eine Generation, für die Grenzkontrollen lange Zeit eine Passage in den Geschichtsbüchern waren, verstehen, mit welcher großen Mühen und Opfern die Freiheit in vielen Fällen erkämpft werden musste – und dass sie eben auch verteidigt werden muss. Wie sollen sie sich daran erinnern, wie viele Menschen im Kampf für Freiheit sterben mussten, ohne sie jemals selbst erleben zu können? Woher sollen sie wissen, wie dünn die freiheitliche Firnis an manchen Stellen unserer Gesellschaften aufgetragen ist?

Was können wir also tun? Was heißt es konkret, Demokratien „wehrhaft“ zu verteidigen? Der erste Schritt ist Selbst-Bewusstsein. Machen wir uns klar, wie großartig das ist, was wir erreicht haben, in und durch Europa. Wenn man die Debatte in Europa verfolgt, dann kann man ja manchmal das Gefühl haben, an einem schrecklichen Ort zu leben. Die EU erscheint

einem dann oft doch als ein ziemlich trostloses Unterfangen, das von einer Krise in die nächste schlittert. Dabei haben wir allen Grund stolz zu sein: Europa ist heute ein Hort der Sicherheit, eine Verheißung einer besseren Zukunft. Vielleicht muss erst von außen auf Europa schauen, um zu begreifen, wie gut es uns geht. Dafür erfahren wir weltweit Anerkennung. Milliarden Menschen erträumen sich, so friedlich zu leben, wie wir leben. Viele Menschen kommen als Flüchtlinge ja gerade deshalb zu uns. Niemand flüchtet aus Europa!

Wir müssen uns aber auch klarmachen, dass wir diese Freiheit, dieses Glück nicht geschenkt bekommen. Den erfolgreichen Fortgang dieses historischen Wimpernschlags gibt es nicht zum Nulltarif. Mir fehlt es bei vielen an Engagement für die Parlamente, in den Parteien und den Medien, für dieses freiheitliche Gesellschaftsmodell einzustehen und zu erkennen, dass es eben nicht nur von außen durch Terror und «IS», sondern auch von innen bedroht ist. Nämlich durch eine gewisse Beliebigkeit und Behäbigkeit. Das Problem ist ja nicht, dass diejenigen, die gegen Demokratie und Rechtsstaat sind, zu viel Engagement und Haltung an den Tag legen. Sondern dass diejenigen, denen beides am Herzen liegt, sich zu wenig einbringen, sich zu selten offen bekennen. Dass ihnen vielfach gar nicht klar ist, wie sehr die Demokratie vom Engagement des „Demos“, des Staatsvolkes, lebt.

In Deutschland haben wir das sehr deutlich am 3. Oktober in Dresden gemerkt, als eine Handvoll Pöbler öffentlichkeitswirksam die führenden Politiker unseres Landes beschimpfen

konnte. Natürlich ist diese Handvoll Pöbler nicht „das Volk“, auch wenn sie das behaupten. Aber wenn man ihnen ohne Widerspruch das Feld überlässt, dann verstehen sie das als Schwäche – und viele andere leider auch.

Noch eine weitere Entwicklung trägt dazu bei, die Gesellschaften zu unterminieren: Im Netz werden immer mehr Nachrichten auch absurdesten Art verbreitet. Die Bedeutung der klassischen Medien, wo eine Redaktion das Weltgeschehen aufbereitet, nimmt ab.

Algorithmen sorgen dafür, dass die Leute ständig konfrontiert werden mit dem, was sie interessiert, dass sie aber gleichzeitig freigestellt werden von jenen Themen, die sie auch interessieren sollten – und damit letztlich davon, die eigene Meinung immer wieder zu hinterfragen. Das führt zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft: auf der einen Seite stehen die, die sich in den klassischen Medien informieren, auf der anderen jene, die sich im Netz nur von Dingen berieseln lassen, die Klicks generieren und ihre eigene Meinung bestätigen.

Einordnung wird weniger wichtig, Hass und Zorn nehmen zu. Hass aber tötet auf Dauer.

Wenn man daran denkt, dass in Großbritannien im Frühjahr eine Unterhausabgeordnete auf offener Straße erschossen wurde oder dass der Attentäter von München gezielt den fünften Jahrestag des Anschlags von Breivik abwartete, dann zeigt das: Hass zerfrisst unsere Gesellschaften.

Ich sehe natürlich auch die positiven Aspekte der sozialen Netzwerke: dass man jeden auf der Welt erreicht, dass die Oma mit den Enkeln kommunizieren kann, wo immer sie auch sind.

Und gerade wo Menschen in Unfreiheit leben, kann das Netz ein sehr wichtiges Fenster zur Welt sein.

Aber ich sehe auch die kritische Seite: Nicht nur kontrollieren viele Länder ihre Bürger im Netz, durchsuchen Accounts nach gewissen Stichworten und lokalisieren vermeintliche Systemfeinde. Daneben besteht auch die Gefahr, dass viele Menschen immer mehr in Echokammern leben, in Räumen, in denen sie sich mit ihresgleichen umgeben und die eigene Meinung hundertfach bestätigt erhalten. Rechthaberei und Besserwisserei greifen um sich. Die Grenze zwischen Wahrheit und Meinung verschwimmt, schlimmer noch: in der Wahrnehmung vieler Menschen scheint es gar kein Bedürfnis mehr zu geben, hier eine Grenze zu sehen. Die Suche nach Wahrheit, nach dem Wesen der Dinge, Forschung und Wissenschaft sind in diesen Echokammern verzichtbare Beiträge, denen man mit Emotion und Bauchgefühl, dem vermeintlichen „Volksempfinden“, begegnen kann.

Diese Entwicklung ist von vielen schon als der Beginn eines „postfaktischen Zeitalters“ beschrieben worden. Wir sollten gemeinsam darauf hoffen und daran arbeiten, dass dieses postfaktische Element keinesfalls prägend für die kommende Zeit wird. Denn das würde unsere Gesellschaften, den demokratischen Rechtsstaat als solchen in den Grundfesten bedrohen. Mittelfristig bliebe kein Stein mehr auf dem anderen, damit ist im Wortsinne kein Staat zu machen – jedenfalls keiner, in dem ich leben möchte!

Zur Wehrhaftigkeit von Demokratien gehört es auch, die Feinde einer offenen Gesellschaft klar zu benennen, ihnen entgegenzutreten. Dabei darf es keine Denkbarrieren geben. Papst Franziskus hat einmal in einem anderen Zusammenhang vor der Versuchung des zerstörerischen Gutmenschentums und der Gefahr der feindseligen Erstarrung gewarnt. Weder ist es ausreichend, das Gute zu wollen und sich die Welt schönzureden, noch vor Angst zu erstarren und sich abzuschotten. Den Weg dazwischen unbeirrt zu gehen, sei ihm das Herzensanliegen, sagte der Papst. Und genau diesen Weg müssen wir suchen.

Das, wofür wir eintreten müssen, damit Freiheit und Gesellschaft wirksam verteidigt werden, findet in Deutschland seinen Ausdruck im Grundgesetz. Der Wesensgehalt wird dabei bereits in dessen Artikel 1 beschrieben: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das ist unsere oberste Richtschnur, die für jeden Menschen in unserem Land gilt, egal ob er seit Generationen hier lebt, ob seine Eltern zugewandert sind oder ob er als Flüchtling Aufnahme gefunden hat. Es gilt, egal welcher Partei sich jemand zugehörig fühlt, ob er auf der Straße demonstriert oder ob er am Stammtisch mit Kollegen spricht. Die Würde des Menschen ist nicht verhandelbar, nicht relativierbar. Wer sie in Frage stellt, wer Menschen gegen andere aufhetzt, die Menschenwürde missachtet, der bekommt unsere entschiedene Gegenwehr zu spüren, der schließt sich selbst aus unserer Gesellschaft aus. Da ist es egal, ob er jung oder alt, ob er Rechts-, Links- oder islamistischer Terrorist ist.

Die Freiheiten der anderen nicht nur auf dem Papier zuzugestehen, sondern auch tatsächlich

zu gewähren, als Staat aktiv für sie einzutreten, ist für den demokratischen Rechtsstaat von zentraler Bedeutung. Ob es die Menschenrechtscharta der UN, die Grundrechtscharta der EU oder nationale Verfassungen sind – sie alle leben davon und dadurch, dass der Staat im Bereich der Grundrechte nicht nur geschehen lässt, sondern aktiv für ihren Schutz eintritt.

Dabei ist gerade auch die Religionsfreiheit ein guter Gradmesser für den Zustand der Freiheit in einer Gesellschaft. Anders gesagt: Wahrscheinlich ist für eine Gesellschaft wenig so gedeihlich wie ein friedliches Miteinander von Staat und Religionen. Wir sind geneigt, auch das für selbstverständlich zu halten. Heute sind Staat und Kirche in Europa getrennt, die Glaubensfreiheit garantiert. Den Völkern Europas wurde, wie das der deutsche Staatsrechtler Adolf Arndt einmal gesagt hat, Verantwortung für sich selbst gegeben. Aber auch die Gewährleistung von Religionsfreiheit ist historisch gesehen eine Ausnahme:

Noch vor 150 Jahren hat Papst Pius IX. die Idee der Trennung von Kirche und Staat ebenso als Irrglauben verworfen wie die, dass es eine Freiheit im Glauben geben könne. Mit Blick auf Länder wie Saudi-Arabien oder den Iran, aber durchaus auch christliche Fundamentalisten zum Beispiel in Ländern wie Uganda müssen wir feststellen, dass Religionsfreiheit international beileibe keine Selbstverständlichkeit ist. Und machen wir uns nichts vor: Auch in Europa verstehen viele Menschen dieses Grundrecht vor allem als eines, das Christen zustehe – das können Sie immer dann sehen, wenn irgendwo eine Debatte um den Neubau einer Moschee entbrennt.

Anderen Freiheiten zuzugestehen, gerade dann, wenn einem diese Freiheiten selbst fremd sind, fordert viel von uns. Es geht hinaus über bloße Toleranz. Wenn wir, wie der lateinische Ursprung dieses Worts nahelegt, lediglich die Freiheit anderer dulden, sie ertragen, dann ist das zu wenig. Um ein inklusives Gemeinwesen zu schaffen, in dem jeder seinen Platz hat, brauchen wir Akzeptanz, also: das Annehmen des anderen als gleichberechtigten Teil der Gemeinschaft. Ein Miteinander, kein Nebeneinander.

Das ist anstrengend, denn es zwingt ja auch, unsere eigenen Positionen fortwährend zu überdenken. Es verändert uns und es verändert die Gesellschaften, in denen wir leben. Aber genau diese Akzeptanz, diese Offenheit ist eine notwendige Voraussetzung für die Nachhaltigkeit unseres freiheitlichen Gesellschaftsmodells. Das betrifft den Einzelnen, aber auch die Gesamtgesellschaft. Eine Gesellschaft muss offen und wandlungsfähig bleiben, um als solche dauerhaft überleben zu können. Wie wandlungsfähig Gesellschaften sein können, das zeigt im Übrigen doch bereits ein cursorischer Blick auf die vergangenen Jahrzehnte: Mit Blick auf die Länder in Mittel- und Osteuropa beeindruckt die Vielzahl der Wandlungen und Brüche, die sich in diesen Ländern und damit ja auch im Leben der Menschen dort vollzogen haben, ebenso sehr wie die Art und Weise, mit der sie damit umzugehen gelernt haben.

Aber selbst dann, wenn sich in Gesellschaften keine offensichtlichen Brüche vollzogen haben, wie sie etwa mit einem Systemwechsel einhergehen, so mussten sich die Gesellschaften doch

wandeln: Bis 1969 war zum Beispiel Homosexualität in Deutschland strafbar – das erscheint einem doch kaum vorstellbar aus heutiger Perspektive. Und es sind nicht einmal 50 Jahre! Gleiches gilt für die Tatsache, dass bis zu diesem Zeitpunkt verheiratete Frauen als beschränkt geschäftsfähig galten.

Wandel und Offenheit sind notwendig. Vor allem aber bereichern sie unsere Gesellschaften und unser eigenes Leben. Man kann sich die deutsche Kulturlandschaft doch gar nicht mehr vorstellen ohne die Einflüsse von Menschen, die selbst oder deren Vorfahren nach Deutschland eingewandert sind – denken wir etwa an den Regisseur Fatih Akin oder die Schriftstellerin Nino Haratischwili. Deutschland wäre 2014 kaum Fußballweltmeister geworden ohne so großartige Spieler wie Mesut Özil, Jerome Boateng oder Miroslav Klose. Um uns herum nehmen wir Pizza und Pasta schon gar nicht mehr als fremd wahr. An allen Ecken gibt es Döner Kebab. Die deutsche Exportwirtschaft wird entscheidend geprägt von Menschen, die ihre Wurzeln nicht nur in Deutschland haben.

Auf europäischer Ebene zeigt sich das an dem großen Erfolg eines Programms wie ERASMUS, das Millionen Studenten aus den Ländern Europas zusammengeführt und ihnen deutlich gemacht hat, wie viel Verbindendes es zwischen den Menschen in Europa gibt und wie wenig Trennendes.

Es ist das Wechselspiel von Offenheit und Haltung, in dem wir uns bewegen müssen. Wir müssen offen sein für Neues, anderes. Das gilt für jeden einzelnen von uns ebenso wie für die Gesellschaft als Ganzes. Gleichzeitig muss die freiheitliche Gesellschaft wehrhaft verteidigt werden – nicht von irgendwem, sondern von uns! Der Fortbestand der Demokratie bedarf des Einsatzes der Demokraten. Mit Einsatz meine ich eine Positionierung, das klare Eintreten für die Werte einer Gesellschaft und ihrer Verfassung. Jedem von uns muss klar sein, was auf dem Spiel steht. Demokratie ist nicht selbstverständlich. Und sie schlägt nicht Alarm, bevor sie geht – sie ist dann einfach weg.

Ich danke Ihnen!